



**Interpellation der SP-Fraktion**  
**betreffend Ausbau erneuerbarer Energien**  
(Vorlage Nr. 4000.1 - 18368)

Antwort des Regierungsrats  
vom 17. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Fraktion hat am 5. Oktober 2025 die Interpellation betreffend Ausbau erneuerbarer Energien eingereicht (Vorlage Nr. 4000.1 - 18368). Der Kantonsrat hat die Interpellation am 30. Oktober 2025 dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

**A. Beantwortung der Fragen**

Der Regierungsrat nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

1. *Wie hoch ist der Beitrag an erneuerbarer Energie auf Zuger Kantonsgebiet, den der Kanton beabsichtigt an die nationale Zielerreichung beizutragen? Und wie hoch ist der aktuelle Beitrag an erneuerbarer Energie auf Zuger Kantonsgebiet?*

Gemäss seiner Energie- und Klimastrategie (EKS) setzt sich der Zuger Regierungsrat für die Steigerung der erneuerbaren Energieproduktion ein, insbesondere für jene aus der Region (Grundsatz G-1). Das realisierbare Potenzial zur Produktion und Nutzung lokaler erneuerbarer Energie soll genutzt werden (Ziel Z-1). Zudem will der Regierungsrat auch im Kanton Zug bis 2050 das Netto Null-Ziel erreichen (Ziel Z-2). Dazu muss die Wärmeerzeugung ausschliesslich fossilfrei erfolgen. Aktuell erstellt das kantonale Amt für Umwelt die Studie «Erneuerbare Energie im Kanton Zug: Stand heute und Perspektive 2035/2050». Der aktuelle und zukünftige Bedarf an Elektrizität, Wärme und Kälte wird ermittelt und die Potenziale der verschiedenen erneuerbaren Energieträger, unter Berücksichtigung der Saisonalität, werden abgeschätzt. Anhand der Ergebnisse werden Ausbauziele und Massnahmen erarbeitet. Die Studie wird voraussichtlich im Oktober 2026 vorliegen.

Im Jahr 2024 wurden auf dem Kantonsgebiet 46 GWh elektrische Energie mit Wasserkraft und rund 100 GWh mit neuen erneuerbaren Energien<sup>1</sup> erzeugt (siehe Abbildung 1). Den grössten Beitrag leistete die Photovoltaik (PV) mit 94 GWh. Der Stromverbrauch betrug 690 GWh. In der Jahresbilanz betrachtet werden somit 21 Prozent des Bedarfs an elektrischer Energie lokal und erneuerbar produziert.

---

<sup>1</sup> Als neue erneuerbare Energien gelten alle erneuerbaren Energien ohne die Wasserkraft.

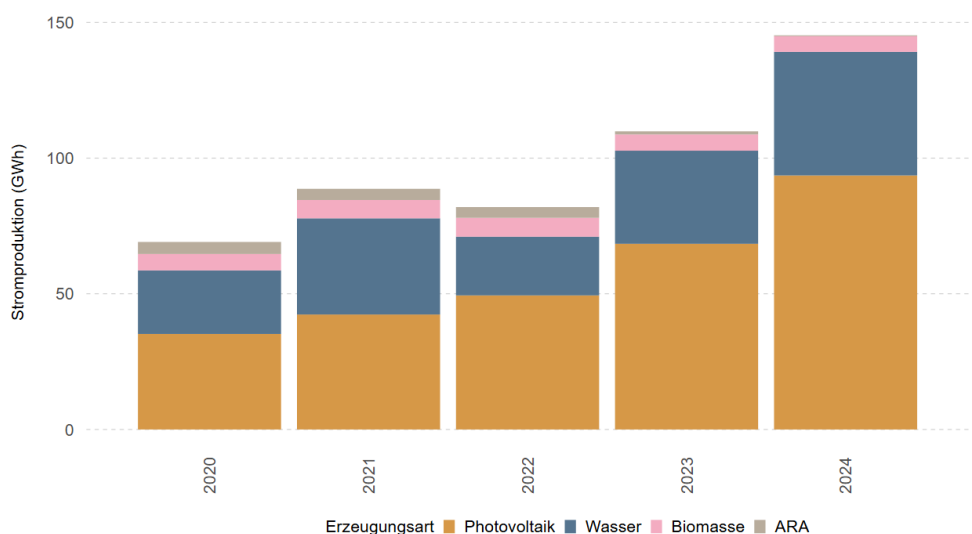


Abbildung 1: Erneuerbare Stromproduktion im Kanton Zug. Die Produktion von Strom aus Wasserkraft kann witterungsbedingt oder aufgrund von Revisionsarbeiten von Jahr zu Jahr variieren. Die ARA Schönaue hat von Stromproduktion auf die Einspeisung von Biogas umgestellt (Quelle: Amt für Umwelt).

Die Interpellantin legt den Fokus auf die Produktion von elektrischer Energie. Der Vollständigkeit halber sei auch der Wärme- und Kältebedarf erwähnt. Die erwähnte Studie beziffert den Wärmebedarf im Kanton Zug im Jahr 2024 auf rund 1400 GWh, davon wurden knapp 40 Prozent erneuerbar erzeugt. Daten zum Kältebedarf liegen aktuell noch keine vor.

## 2. Anhand welcher Kriterien berechnet der Kanton die kantonale Zielsetzung für die Produktion von erneuerbaren Energien und wie überwacht er die Zielerreichung?

Der Regierungsrat orientiert sich in seiner Energie- und Klimapolitik an den Zielen des Bundes (Grundsatz G-3). Dieser legte beispielsweise für die neuen erneuerbaren Energien ein Ausbauziel von 45 000 GWh bis 2050 fest.<sup>2</sup> Bis 2030 sollen 23 000 GWh produziert werden, davon 18 700 GWh mit PV und 2300 GWh mit Windkraft.<sup>3</sup> Die Ziele des Bundes werden in die Festlegung der Ausbauziele für den Kanton Zug einfließen. Der Regierungsrat ist gewillt, seinen Beitrag an die Versorgungssicherheit zu leisten. Ausführungen dazu finden sich auch in der [Antwort des Regierungsrats](#) vom 9. Dezember 2025 zur teilerheblich erklärten Motion betreffend Sicherstellung der Stromversorgung im Kanton Zug.

Für die kantonalen Ausbauziele sind insbesondere das realisierbare Potenzial und der künftige Bedarf im Kanton relevant. Das realisierbare Potenzial berücksichtigt nicht nur die technischen Möglichkeiten, sondern auch die ökologischen Rahmenbedingungen. Je nach Energieträger fließen zudem wirtschaftliche Überlegungen ein. Sowohl beim Potenzial als auch beim Bedarf gilt es, die Saisonalität zu beachten. Photovoltaik beispielsweise kann einen wesentlichen Beitrag an die Stromversorgung im Sommer und - in reduziertem Umfang - auch im Winter leisten. Windenergie ist insbesondere im Hinblick auf die Stromversorgung im Winter, wenn der Bedarf besonders hoch ist, interessant.

Die kantonalen Ausbauziele werden im Richtplan festgelegt (siehe Frage 3). Ebenfalls werden Massnahmen zur Zielerreichung geprüft. Dazu sind die Resultate der erwähnten Potenzialstudie abzuwarten. Die Zielerreichung wird mithilfe der Energiestatistik, welche das kantonale Amt für Umwelt führt, überprüft. Die Kennwerte zu erneuerbarer Stromproduktion und -bedarf sind auf einem [Dashboard](#) veröffentlicht.

<sup>2</sup> Art. 2 Energiegesetz (EnG; SR 730.0)

<sup>3</sup> Art. 1a Energieverordnung (EnV; SR 730.01)

Eng mit dem Ausbau erneuerbarer Energie verflochten sind die Themen Netzausbau und Energiespeicherung. Der Regierungsrat setzt sich daher für eine umfassende Förderung der Energiespeicherung ein (Massnahme EKS-4) und sucht dazu die Kooperation mit der Wirtschaft und den Netzbetreibern. Zudem will er sein Engagement in der Netzplanung verstärken (Massnahme EKS-5).

3. *Welche Planungsschritte und welchen Zeitplan sieht der Regierungsrat vor, um das gesetzte Ziel zu erreichen?*

Aktuell werden mit der laufenden Potenzialstudie und weiteren Detailstudien die Grundlagen für den künftigen Ausbau der erneuerbaren Energien ermittelt. Raumrelevante Ergebnisse, darunter auch die Ausbauziele, sollen in die geplante Revision des Kapitels «Energie» im kantonalen Richtplan einfließen. In diesem Zusammenhang werden auch die geeigneten Gebiete für Windkraftanlagen von nationalem Interesse<sup>4</sup> diskutiert. Gleiches gilt für freistehende Solaranlagen von nationalem Interesse<sup>5</sup>. Die Vorlage geht im Oktober 2026 in die öffentliche Vernehmlassung und soll im Frühling 2027 dem Kantonsrat vorgelegt werden.

4. *Welche Umsetzungsschritte und welchen Zeitplan sieht der Regierungsrat vor, um das gesetzte Ziel zu erreichen?*

Siehe Antwort auf Frage 3.

5. *Wie und auf welcher gesetzlichen Grundlage kann der Kanton Zug die potenziellen Erzeuger für erneuerbare Energie zu einem Beitrag zur Zielerfüllung zwingen und gegebenenfalls bei einer Nichteinhaltung sanktionieren?*

Einzige gesetzliche Verpflichtung zur Produktion von erneuerbarer Energie ist die Eigenstromerzeugungspflicht bei Neubauten, welche seit dem 1. Februar 2024 im Zuger Energiegesetz (EnG-ZG; BGS 740.1) verankert ist. Diese Pflicht wird meist durch die Installation einer PV-Anlage erfüllt, welche aus ökonomischen Überlegungen in der Regel grösser ausgeführt wird als gesetzlich gefordert. Wer die Pflicht zur Eigenstromerzeugung nicht erfüllen kann oder will, hat eine Ersatzabgabe an die Gemeinde zu entrichten, welche für die lokale erneuerbare Stromerzeugung verwendet wird.

Ausserdem werden im EnG-ZG, basierend auf den MuKE 2014<sup>6</sup>, Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energie bei der Wärmeerzeugung gemacht. Danach sollen bei Neubauten und beim Heizungsersatz möglichst erneuerbare Systeme eingesetzt werden.

Zuständig für den Vollzug des EnG-ZG sind die Zuger Gemeinden. Zuwiderhandlungen werden nach der Strafbestimmung des Planungs- und Baugesetzes (PBG; BGS 721.11) verfolgt (§ 8 EnG-ZG).

---

<sup>4</sup> Neue Windkraftanlagen oder Windparks sind von nationalem Interesse, wenn sie über eine mittlere erwartete Produktion von jährlich mindestens 20 GWh verfügen (Art. 9 EnV).

<sup>5</sup> Neue Solaranlagen sind von nationalem Interesse, wenn die mittlere erwartete Produktion von Oktober bis März mindestens 5 GWh beträgt (Art. 9a EnV).

<sup>6</sup> Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, Ausgabe 2014, vom 9. Januar 2015, Konferenz Kantonalen Energiedirektoren, EnDK

6. *Falls eine solche gesetzliche Grundlage fehlt, ist der Regierungsrat gewillt, eine solche zu schaffen?*

Der Zuger Regierungsrat will den Zubau lokaler erneuerbarer Energien in erster Linie mit geeigneten Rahmenbedingungen und mit Anreizen erreichen. Ein Beispiel dafür ist der PV-Bonus im Förderprogramm Energie. Damit wurden in den Jahren 2024 und 2025 Dachsanierungen mit einer PV-Fläche von insgesamt 24 000 m<sup>2</sup> gefördert. Der Anteil der sanierten Dachflächen, welche mit PV bestückt wurden, stieg von 42 Prozent (2024) auf 68 Prozent (2025).

Weitergehende gesetzliche Anforderungen sind daher aktuell weder notwendig noch vorgesehen.

**B. Antrag**

Kenntnisnahme.

Zug, 17. März 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart